

[WWW.SPD-THL.DE](http://WWW.SPD-THL.DE)



**WIR MACHEN THÜRINGEN STARK:**

**GUTE ARBEIT, FAIRE LÖHNE,  
MEHR GERECHTIGKEIT!**

EINE ZWISCHENBILANZ UNSERER ARBEIT



# WIR MACHEN THÜRINGEN STARK.

## EINE HALBZEITBILANZ DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

### LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

über zwei Jahre sind seit der letzten Landtagswahl in Thüringen vergangen. Wir wurden mit dieser Wahl beauftragt, die Geschicke Thüringens mit zu gestalten und die Weichen für die Zukunft unseres schönen Freistaates zu stellen. Daher ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen und Sie mit dieser Broschüre über die bisherige Arbeit der SPD-Fraktion und unsere Pläne für die noch vor uns liegenden Jahre zu informieren.

Wir leben in einer Zeit voller Umbrüche: Aufgrund weg brechender Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und dem Solidaripakt muss das Land Thüringen in Zukunft mit deutlich weniger Geld auskommen; der demografische Wandel und eine leider noch immer zu hohe Abwanderung ziehen es nach sich, dass in Thüringen in Zukunft weniger Menschen leben werden; ein sich abzeichnender Fachkräftemangel verlangt nach neuen Konzepten in der Wirtschafts- und Bildungspolitik und nicht zuletzt stellen uns der Klimawandel und die unabschätzbaren Risiken der Atomenergie vor die Herausforderung, unsere Energieversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen. Alles Themen, die auf den ersten Blick problematisch erscheinen mögen, die aber auch riesige Potenziale in sich bergen.



Wir sind auf einem guten Weg, Thüringen zum Bildungsland Nummer 1 zu machen und haben etwa mit dem neuen Kita-Gesetz und der Einführung der Thüringer Gemeinschaftsschule wichtige Impulse für eine fortschrittliche Bildungspolitik gesetzt.

Thüringen soll der grüne Motor Deutschlands werden. Die SPD-Fraktion hat maßgeblich dafür gesorgt, dass Thüringen für die Energiewende gut gewappnet ist. Investitionen in die Forschung und die konsequente Förderung der erneuerbaren Energien zahlen sich nun aus.

Wir wollen als Fraktion gute Arbeit für Thüringen leisten, haben aber auch den Anspruch, dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen in Thüringen gut arbeiten können und faire Löhne erhalten. Wir machen uns stark für einen gesetzlichen

Mindestlohn, von dem man leben kann und kämpfen gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Kluge Wirtschaftsförderung auf der einen Seite und das Aufzeigen von Grenzen für die Arbeitgeber auf der anderen Seite sind dabei zwei Seiten der selben Medaille. Denn nur, wer fair entlohnt und behandelt wird, trägt zur wirtschaftlichen Kraft der Unternehmen und somit zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung Thüringens bei.

Erfahren Sie auf den folgenden Seiten mehr über unsere Politik in den letzten zwei Jahren und über unsere Ideen für

die Zukunft. Scheuen Sie auch nicht das direkte Gespräch mit ihren Vertretern im Landtag. Die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter stehen Ihnen jederzeit für Fragen, Anregungen und auch Diskussionen zur Verfügung.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr



**Uwe Höhn**

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
Telefon: (0361) 3 77 23 36, Telefax: (0361) 3 77 24 17  
E-Mail: [info@spd-thl.de](mailto:info@spd-thl.de)

Verantwortlich: Dr. Werner Pidde, Parlamentarischer Geschäftsführer

Veröffentlichung: 07.03.2012

Nicht für Parteizwecke und Wahlwerbung verwenden!

## ARBEITSKREIS

# SOZIALES, FAMILIE, GESUNDHEIT, SPORT, GLEICHSTELLUNG, RECHTSEXTREMISMUS, OPFERVERBÄNDE, VERBRAUCHERSCHUTZ



„Null Toleranz für Nazis“ lautete die Aufschrift der knallroten T-Shirts, mit denen sich Abgeordnete und Mitarbeiter der SPD-Fraktion kleideten, als eine kleine Gruppe von Neonazis zu einer Demonstration im September 2011 vor dem Thüringer Landtag „aufmarschierte“.

## BILANZ 2009 BIS 2012:

### Kampf gegen Rechtsextremismus

Gegen die Widerstände des Koalitionspartners fokussiert das Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz vornehmlich auf den Rechtsextremismus; Linksextremismus wird nicht immer im ‚selben Atemzug genannt‘. Auf die Unterzeichnung der Demokratieerklärung wird bei der Ausgabe von Thüringer

Geldern verzichtet. Auch hier hatte es beim Koalitionspartner anders lautende Wünsche gegeben. Die CDU wollte, dass auch beim Ausreichen Thüringer Gelder durch die Empfänger der Gelder die Demokratieerklärung zu unterzeichnen ist. Das Landesprogramm ist Grundlage für die Finanzierung von lokalen Projekten, mobilen Beratungsteams und der Opfer- und Aussteigerberatung. Das Programm ist ausdrücklich als Daueraufgabe konzipiert und wird regelmäßig auf seine

Wirksamkeit hin untersucht werden. Das Programm hat präventive, interventionsorientierte, aber auch repressive Ansätze. Thüringen hat somit im Bereich der Bekämpfung extremistischer Tendenzen eine Vorreiterrolle.

### **Erhöhung des Landesblindengeldes**

Zum 1. Juli 2011 haben wir das Blindengeld erhöht. Es beträgt jetzt 270 Euro. Das Blindengeld war von der CDU abgeschafft und nach Protesten der Betroffenen und der Opposition wieder eingeführt worden. Jedoch lediglich in Höhe von 220 Euro. Führt man sich vor Augen, welchen Sparzwängen das Sozialministerium unterworfen war und ist, so ist diese Erhöhung um 50 Euro ein deutliches Signal an die blinden und sehbehinderten Menschen in Thüringen, dass die Landesregierung ihre Belange sehr ernst nimmt und sie bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützt.

### **Kinder- und Jugendpolitik**

Trotz enormen Spardrucks wurde die Jugendpauschale stabil bei 11 Millionen Euro jährlich gehalten. Die Jugendpauschale wurde auch gegen die Bewirtschaftungsreserve verteidigt und die Vielfalt der Jugendverbandsarbeit wurde bewahrt und ausgebaut.

### **Senioren**

Es wurde ein Seniorenpolitisches Konzept erstellt, das einen umfassenden Überblick über die Lebenssituation von Senioren gibt. Es benennt konkrete Hand-

lungsfelder der Seniorenpolitik und beschreibt Maßnahmen, die auf den einzelnen politischen Ebenen zu ergreifen sind, um Thüringen zu einem lebenswerten Land für Senioren zu machen.

### **Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes**

Ende 2011 musste das Thüringer Ladenöffnungsgesetz novelliert werden. Der gefundene Kompromiss ist – auch wenn die Arbeitgeberverbände ihn kritisieren – ein Schritt in die richtige Richtung. Das neue Ladenöffnungsgesetz trägt sowohl den Interessen der Verbraucher und des Einzelhandels, als auch den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser Rechnung als bisher. Aus Sicht der SPD sind insbesondere das Beschäftigungsverbot für Arbeitnehmer an zwei Samstagen pro Monat und der Ladenschluss an Silvester ab 14 Uhr ein Fortschritt. Um den Arbeitnehmern, die vornehmlich an Samstagen arbeiten wollen Rechnung zu tragen, wird derzeit eine nähere Verordnung erarbeitet.

### **Politik für Menschen mit Behinderungen**

Gemeinsam mit den Betroffenen und deren Vertretern wird für Thüringen ein Maßnahmenplan erarbeitet, der die UN-Behindertenrechtskonvention mit Leben füllt und konkretisiert. Die Erstellung des Maßnahmenplans geschieht in enger Zusammenarbeit mit Betroffenen(verbänden). Ein erster Entwurf des Maßnahmenplans wurde Ende

des Jahres 2011 vorgestellt und den Beteiligten zugeleitet.

### **Sportförderung/Förderung der LIGA aus Lottomitteln**

Wir haben erreicht, die Untergrenzen für die Förderung der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen und des Landessportbundes auch für das Jahr 2012 festzuschreiben, sodass LIGA und LSB auch für das Jahr 2012 solide planen können.

## **AUSBLICK:**

### **Schulsozialarbeit**

Wir streben mit den Kommunen eine Öffnung der beiden Systeme Schule und Jugendhilfe zur nachhaltigen Stärkung der Schulsozialarbeit an. Es soll eine bedarfsgerechte Förderung der Schulsozialarbeit im Rahmen eines spezifischen Landesprogramms ermöglicht werden. Die Durchführung muss der besseren Vernetzung der beiden Leistungssysteme Schule und Jugendhilfe bei Trägern der Jugendhilfe dienen.

### **Seniorenmitwirkungsgesetz**

Die Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren in den Kommunen und Landkreisen werden mit dem Gesetz gestärkt. Die besonderen Lebenslagen von Seniorinnen und Senioren sollen damit besser als derzeit in die lokale Politik und die lokalen Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Damit wird dem weiter fortschreitenden demografischen

Wandel Rechnung getragen. Ziel ist es, ein flächendeckendes Netz an Seniorenvertretungen in Thüringen zu erreichen. Einem zu konstituierenden Landes seniorenrat soll eine hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt werden.

### **Gleichstellungsgesetz**

Das derzeit in Thüringen geltende Gleichstellungsgesetz stammt aus dem Jahr 1998. Wir arbeiten an einer Neufassung. Das neue Gleichstellungsgesetz soll systematischer aufgebaut sein und den heutigen Gegebenheiten Rechnung tragen. Geplant ist auch eine verbesserte Vorrangregelung für beide Geschlechter bei der Stellenbesetzung. Auch die Beschreitung des Klagewegs für die Gleichstellungsbeauftragten soll darin erleichtert werden. Des Weiteren sollen die Freistellungsregelungen für die Gleichstellungsbeauftragten verbessert werden.

---

#### **Arbeitskreis Soziales, Familie, Gesundheit, Sport, Gleichstellung, Rechtsextremismus, Opferverbände**

Arbeitskreisleiter:  
David Eckardt

Mitglieder:  
Dr. Thomas Hartung, Regine Kanis, Dagmar Künast,  
Peter Metz, Birgit Pelke

Referentin:  
Marion Leitel

## ARBEITSKREIS

# BILDUNG, WISSENSCHAFT, HOCHSCHULE, KULTUR, MEDIEN, MIGRATION/AUSLÄNDER, PETITION



Die Thüringer Gemeinschaftsschule lockte Sozialdemokraten aus Sachsen-Anhalt im November 2010 nach Thüringen. Hans-Jürgen Döring (links), einer ihrer Verfechter, informierte über das Reformprojekt.

## BILANZ 2009 BIS 2012

### Kita-Reform

Thüringen besitzt eine der modernsten Kita-Gesetzgebungen Deutschlands. Durch die in der Kita-Novelle festgelegte deutliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels sind rund 2.400 zusätzliche Erzieherstellen geschaffen worden. Damit hat die Regierungskoalition eines der wesentlichsten Anliegen des Kita-Volksgesetzes umgesetzt und die Betreu-

ungssituation in den Kindertagesstätten erheblich verbessert.

### Thüringer Gemeinschaftsschule

Mit der Thüringer Gemeinschaftsschule hat die SPD eine Schulart geschaffen, die Schülerinnen und Schülern gemeinsames Lernen bis mindestens Klasse 8 ermöglicht und sämtliche Schulabschlüsse anbietet. Erste Pilotprojekte zur Gemeinschaftsschule sind im August 2010 gestartet worden, Ende 2010 hat die



Regierungskoalition die Gemeinschaftsschule als vollwertige und gleichberechtigte Schulart im Schulgesetz verankert.

### **Keine Kürzungen bei der Bildung**

Gute Bildungspolitik kostet Geld. Das ist eine Binsenweisheit, die sich eigentlich jedem sofort erschließt. Für den Thüringer Finanzminister gilt dies aber offenbar nicht. Unser zentrales Anliegen bei den Beratungen über den Landeshaushalt 2012 war es daher, den Bildungsetat vor Mittelkürzungen zu bewahren. Gemeinsam mit dem Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur ist uns das gegen heftigen Widerstand des Finanzministeriums auch gelungen. Ebenso haben wir durchgesetzt, dass es auch 2012 keine Stellenkürzungen beim Lehrpersonal geben wird. Gleichzeitig werden Thüringer Nachwuchspädagogen verstärkt Zukunftschancen im eigenen Land geboten. Dafür haben wir den 2011 angelegten Einstellungskorridor noch einmal deutlich verbreitert, so dass in diesem Jahr Neueinstellungen im Umfang von rund 300 VZE möglich sein werden. Wer unseren Finanzminister und dessen ursprüngliche Planungen beim Lehrpersonal kennt, der weiß, dass es immense Kraft gekostet hat, diesen Einstellungskorridor durchzusetzen.

### **Mehr Geld für die Hochschulen**

Vom Landeshaushalt 2012 geht ein wichtiges hochschulpolitisches Signal aus: Trotz einer sehr schwierigen allgemeinen Finanzsituation des Landes und trotz ei-

ner damit einhergehenden Verminderung der staatlichen Gesamtausgaben werden wir in den kommenden Jahren die Förderung der Thüringer Hochschulen schrittweise und deutlich spürbar erhöhen. Mit der Rahmenvereinbarung III stellen wir den Hochschulen in den Jahren 2012 bis 2015 insgesamt 1,56 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind 10 Prozent – oder in konkreten Zahlen 121 Millionen Euro – mehr als in der vorangegangenen Finanzierungsperiode. Für den Hochschulstandort Thüringen ist das eine gute Nachricht! Das sehen im Übrigen auch die Hochschulen selbst so, die die finanzielle Kraftanstrengung des Landes, die mit der Umsetzung der Rahmenvereinbarung III verbunden sein wird, zu schätzen wissen.

Ein weiteres zentrales hochschulpolitisches Anliegen der SPD-Landtagsfraktion ist eine umfassende BAföG-Reform. Mit einem gemeinsamen Plenarantrag haben die Koalitionsfraktionen die Landesregierung daher im Februar beauftragt, sich bei der anstehenden BAföG-Novellierung für tief greifende Veränderungen bei der Ausbildungsfinanzierung einzusetzen. Insbesondere wollen wir eine kontinuierliche Anpassung und Erhöhung der BAföG-Freibeträge und -Fördersätze erreichen und so die Steigerung der Lebenshaltungskosten beim BAföG weit besser abzufedern als bisher. Der Antrag sieht zudem Maßnahmen zur Schließung des so genannten „Mittelstandslochs“ bei der Studienfinanzierung, die Beseitigung von

Förderlücken, eine Öffnung des BAföG für in Teilzeit absolvierte Studiengänge bei Studierenden mit Kind oder mit Behinderung sowie eine Berücksichtigung der Pflege naher Angehöriger bei der Bestimmung der Förderungshöchstdauer vor.

### **Verzicht auf allgemeine Studiengebühren**

Als eine ihrer ersten parlamentarischen Handlungen hat die Regierungskoalition den Verwaltungskostenbeitrag an den Thüringer Hochschulen gestrichen. Gleichzeitig verzichten wir bewusst auch weiterhin auf die Einführung allgemeiner Studiengebühren. So bauen wir nicht nur soziale Hürden ab, die den Hochschulzugang erschweren, sondern ermöglichen Thüringen auch einen Standortvorteil im bundesweiten Wettbewerb um die geburtenstarken Studierendenjahrgänge des Westens.

### **Erhalt der Theater und Orchester**

Unser kulturpolitisches Hauptaugenmerk lag 2011 auf den Verhandlungen zur künftigen Theater- und Orchesterfinanzierung. Die SPD-Landtagsfraktion hat dabei von Anfang deutlich gemacht, dass es mit ihr zu keiner neuen Standortdebatte kommen werde. Diese Position hat sich schließlich auch im Regierungskabinett durchgesetzt. Dadurch haben wir ermöglicht, dass die Gesamtaufwendungen des Landes für die Theater- und Orchesterförderung in der Finanzierungsperiode 2013 bis 2017 ansteigen werden. So kön-

nen wir bei den Theatern und Orchestern die absehbaren Kostensteigerungen der nächsten Jahre abfedern. Zudem gibt es eine Beteiligung des Landes an der Rückkehr zum Flächentarif bei jenen Einrichtungen, die künftig Flächentarif zahlen wollen. Sämtliche Theater und Orchester werden dadurch in ihrem Bestand gesichert. Durch eine komplette Übernahme der Tanzsparte des Theaters Gera/Altenburg durch das Land und deren Umwandlung in ein Staatsballett unterstützt der Freistaat zudem die weitere Qualitätsentwicklung im Thüringer Theater- und Orchesterbereich nachhaltig.

### **Residenzpflicht**

Das Asylverfahrensgesetz des Bundes hat es bis zum vergangenen Jahr verboten, die Aufenthaltsgestattung für Asylbewerber auf das gesamte Land auszuweiten. Vor diesem Hintergrund konnte die SPD 2009 im Koalitionsvertrag zumindest eine Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerber durchsetzen. Nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem Koalitionspartner hat die SPD-Landtagsfraktion 2011 erreicht, dass der Innenminister eine der Koalitionsvereinbarung entsprechende Rechtsverordnung in Kraft setzt. Seitdem ist es Asylbewerbern erlaubt, sich in einem Gebiet aufzuhalten, das die benachbarten Landkreise und mindestens eine kreisfreie Stadt einschließt. Somit sind die Aufenthaltsbedingungen der Asylbewerber in Thüringen inzwischen spürbar verbessert worden. Gleichzeitig haben wir die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung

1:1 umgesetzt. Nichtsdestotrotz streben wir als Sozialdemokraten natürlich nach wie vor eine deutlich weitergehende Lösung an. Diese wird sich allerdings nicht gegen unseren Koalitionspartner, der hier eine völlig andere Haltung vertritt, durchsetzen lassen.

## Reform des Petitionsrechts

Das Thüringer Gesetz über das Petitionswesen lässt zwar bereits seit 2007 das Einreichen von Petitionen per Mail zu; eine weitere petitionsrechtliche Neuerung des Internetzeitalters, die Zulassung öffentlicher, also online veröffentlichter und online mitzeichnungsfähiger Petitionen von allgemeinem Interesse findet dort allerdings noch keinen Niederschlag. Nach den positiven Erfahrungen, die beispielsweise der Deutsche Bundestag seit 2005 mit öffentlichen Petitionen gesammelt hat, erscheint es uns angemessen, die Onlineveröffentlichung und -unterstützung von Anliegen allgemeinen Interesses auch in Thüringen zu ermöglichen. Die SPD-Landtagsfraktion hat daher einen entsprechenden Gesetzentwurf erarbeitet, er wird voraussichtlich in Kürze von der Regierungskoalition in den Landtag eingebracht.

## AUSBLICK

### Schaffung eines Thüringer Bildungsfreistellungsgesetzes

Thüringen gehört zu den wenigen (4) Bundesländern, die noch immer keinen gesetzlich verbrieften Anspruch der Ar-

beitnehmer auf Bildungsfreistellung kennen. Das werden wir, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, mit einem Bildungsfreistellungsgesetz ändern. Es soll den Thüringer Arbeitnehmern erstmals einen Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung von ihrer Tätigkeit für die Teilnahme an anerkannten Bildungsmaßnahmen eröffnen.

### Novellierung des Thüringer Studentenwerkgesetzes

Das Thüringer Studentenwerkgesetz legt in seiner jetzigen Fassung fest, dass die Landesförderung für das Studentenwerk alljährlich um 3 Prozent gesenkt wird. Aufgrund der seit Jahren erfolgreichen Umsetzung dieser Bestimmung ist die finanzielle Basis des Studentenwerks inzwischen derart ausgehöhlt, dass es zum Wintersemester 2011/12 zu einer spürbaren Anhebung der Semesterbeiträge der Studierenden gekommen ist. Wir wollen daher die unsinnige 3-Prozent-Kürzungsklausel aus dem Studentenwerkgesetz streichen.

---

#### Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Hochschule, Kultur, Medien, Migration/Ausländer, Petition

Arbeitskreisleiter:  
Hans-Jürgen Döring

Mitglieder:  
Dr. Thomas Hartung, Regine Kanis, Peter Metz

Referent:  
Dr. Martin Döring

## ARBEITSKREIS

# WIRTSCHAFT, ENERGIE, ARBEIT, ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN, UMWELT, TOURISMUS



Der Arbeitskreis Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt (Frank Weber, Rolf Baumann, Eleonore Mühlbauer und Wolfgang Lemb, v.r.) zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden Uwe Höhn bei einem Firmenbesuch im Landkreis Sömmerda.

## BILANZ 2009 BIS 2012

### Das Landesarbeitsmarktprogramm: Perspektiven für Langzeitarbeitslose

Das Programm startete im Mai 2010. Ziel des mit 15 Millionen Euro pro Jahr finanzierten Landesarbeitsmarktprogramms „Arbeit für Thüringen und Zukunft Familie“ ist, Langzeitarbeitslosen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu bieten und gleichzeitig bisher ungenutzte Po-

tenziale zur Bewältigung des Fachkräftemangels zu aktivieren. Das Programm nimmt dabei insbesondere Kinder in den Fokus, da es mit schnellen Hilfen Alleinerziehende und Eltern, die seit längerem ohne Job sind, wieder in eine Beschäftigung bringt. In 24 regionalen Integrationsprojekten werden arbeitslose Jugendliche und Erwachsene durch individuelle Beratung, Betreuung, Begleitung und Vermittlung wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt.

## **Inkrafttreten des Thüringer Vergabegesetzes - mehr Ordnung und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt**

Rechtzeitig vor dem In-Kraft-Treten der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit im Mai 2011 hat der Thüringer Landtag das Thüringer Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge verabschiedet. Damit wird die öffentliche Beschaffung von Bauleistungen ab einem geschätzten Auftragswert von über 50.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) und von Liefer- und Dienstleistungen ab einem geschätzten Auftragswert von über 20.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) im Freistaat gesetzlich geregelt. Mittels der im Gesetz enthaltenen Tariftreueregelung wollen wir ein Ansteigen des Niedriglohnsektors und der illegalen Beschäftigung verhindern. Das Thüringer Vergabegesetz stärkt die Interessen der heimischen, mittelständisch geprägten Wirtschaft und sorgt für einen fairen Wettbewerb, weil künftig in Thüringen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sowohl Regelungen zur Tariftreue, als auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Zudem werden solche Unternehmen bevorzugt, die sowohl bei der beruflichen Erstausbildung als auch bei der Chancengleichheit vorbildlich sind.

## **Prekäre Arbeit eindämmen**

Auch die Initiative zur Eindämmung der Leiharbeit durch Einschränken der GRW-Investitionsförderung dient dazu, Recht

und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herzustellen. Unternehmen mit mehr als 30 Prozent Leiharbeitern werden nicht mehr unterstützt. Unternehmen mit einer Leiharbeiterquote von 10 bis 30 Prozent erhalten künftig nur noch die Basisförderung. Einen weiteren Baustein beim Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse sehen wir in einer Änderung der Bestimmungen für Lohnkostenzuschüsse. Gefördert werden nur noch Arbeitsplätze, wo nach Tarif gezahlt wird oder ein Mindestlohn von mind. 8,33 Euro pro Stunde gilt.

## **Erfolgreiche Bewerbung des Nationalparks Hainich – unser neues Weltnaturerbe**

Das UNESCO-Welterbekomitee hat den Nationalpark Hainich am 24. Juni 2011 in die Liste des Weltnaturerbes aufgenommen. Damit wird die Bedeutung Thüringens als Grünes Herz Deutschlands unterstrichen – was auch die auf fast 400.000 Gäste gestiegene Besucherzahl des Nationalparks belegt.

Damit wurde ein weiterer, der SPD besonders wichtiger Punkt des Koalitionsvertrags, erfolgreich abgearbeitet.

## **Grünes Band: Übernahme aller Bundesflächen in Stiftung Naturschutz Thüringen**

Seit 1. Januar 2010 ist die Stiftung Naturschutz Thüringen größter Flächeneigentümer im GRÜNEN BAND. Thüringen war das erste Bundesland, dem es nach zähen Verhandlungen gelang, gesamtstaatlich

repräsentative Naturerbeflächen im Grünen Band vom Bund übertragen zu bekommen. Im Gegenzug wird der Freistaat das Grüne Band als zeitgeschichtliches Mahnmal erhalten und naturschutzfachlich weiter entwickeln. Die SPD hat dafür gesorgt, dass Haushaltsreste des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz zur Aufstockung des Stiftungskapitals genutzt werden. Allein in den beiden Jahren 2010 und 2011 konnte das Stiftungskapital auf diesem Wege um jeweils drei Millionen Euro vergrößert werden. Das Stiftungskapital der Stiftung Naturschutz Thüringen erhöhte sich damit auf insgesamt rund neun Millionen Euro.

### **Erarbeitung des Trendatlas**

Der Trendatlas erfasst Potenziale für Wachstum, Beschäftigung und Innovationen in Thüringen. Der „Trendatlas“ wurde zwischen Juni 2010 und März 2011 im Auftrag des Thüringer Wirtschaftsministeriums erarbeitet. Dabei wurden 30 globale Megatrends und 259 Trendfelder analysiert und auf die spezifischen Stärken und Kompetenzen Thüringens bezogen. Darüber hinaus sind in den Trendatlas rund 100 Interviews mit Thüringer Experten sowie Befragungen von 640 Unternehmen eingeflossen. Der Trendatlas definiert elf Wachstumsfelder für Thüringens Wirtschaft und gibt 16 Handlungsempfehlungen für die künftige Wirtschaftspolitik. Erstmals wurden in die Analyse auch globale Wachstumstrends einbezogen, um künftige Nachfragepotenziale für die Thüringer Wirtschaft zu

prognostizieren. Damit liegt zum ersten Mal überhaupt eine umfassende Innovations-, Investitions- und Modernisierungsstrategie für das Land vor.

### **Tourismuspolitik: Landestourismuskonzeption als zentrales Projekt, Oberhof als Thüringer Tor zur Welt**

Die Weiterentwicklung der Landestourismuskonzeption war im Jahr 2010 das wichtigste Projekt der Thüringer Tourismuspolitik. Ende Februar 2011 wurde sie in Jena einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Die „Landestourismuskonzeption Thüringen 2015“ beschreibt die Leitlinien der Tourismuspolitik in den kommenden Jahren, die Qualität der Angebote soll verbessert, Leuchttürme bekannter gemacht werden. So soll der Kulturtourismus künftig ein deutlich größeres Gewicht erhalten. Zugleich wird die Konzentration auf die drei Hauptthemen „Kultur und Städte“, „Natur und Aktiv“ sowie „Gesundheit und Wellness“ verstärkt. Touristisch bedeutende Veranstaltungen und Ereignisse werden im Rahmen eines „Thüringenjahres“ gebündelt und zentral vermarktet. Die Thüringer Tourismus GmbH (TTG) soll als Kompetenzzentrum und Landesmarketingorganisation für den Tourismus ausgebaut werden. Um die konzeptionelle Arbeit zu stärken, wird unter ihrem Dach zudem eine „Tourismusakademie“ gegründet werden.

Oberhof ist für die SPD ein wichtiges, touristisches Aushängeschild. Deshalb hat die Landesregierung bereits im Oktober



Der Wirtschaftspolitiker Wolfgang Lemb und Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn sprechen mit einem Arbeiter der Firma Kaeser Kompressoren GmbH in Gera.

2010 das Handlungskonzept „Winter-sport- und Tourismuszentrum Oberhof“ – sozusagen als Fahrplan zur Entwicklung der Stadt – vorgelegt, in dem Investitionen und Vorhaben von mehr als 30 Millionen Euro vorgesehen sind.

### **Thüringen als Grüner Motor Deutschlands - Musterland in Sachen moderner Energiepolitik**

Mit einer Vielzahl von Maßnahmen setzen wir unseren Anspruch um, Thüringen zum Grünen Motor Deutschlands zu machen. Dazu zählen z.B.:

- die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) als das zentrale Kompetenz-, Beratungs- und Informations-

zentrum rund um die Themen Energie und GreenTech. Die ThEGA hat ihre Arbeit im Sommer 2010 aufgenommen.

- das Förderprogramm „Thüringen-GreenTech“, das im August 2010 gestartet ist. Insgesamt umfasst „Thüringen-GreenTech“ Förderprogramme mit einem Volumen von knapp 280 Millionen Euro, bei denen ein starker Schwerpunkt nunmehr im Bereich der Umwelttechnologien liegt. In die Investitionsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wurde ein Kriterium „GreenTech“ eingeführt, mit dem Unternehmen einen Zuschlag von vier Prozent erzielen können.



- das 1000-Dächer-Programm Photovoltaik als Förderprogramm für alle, die Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung auf Dächer und an Fassaden errichten wollen. Das Förderprogramm ist im Juli 2010 in Kraft getreten. Bereits drei Monate später lagen 91 Förderanträge mit einem Investitionsvolumen von rund zwölf Millionen Euro vor.
- das Pumpspeicherkataster, das potenzielle Standorte für Pumpspeichwerke in Thüringen auflistet.

### **Gewässerschutz an Werra/Weser und Kaliproduktion**

Die Werra soll bis zum Jahre 2020 wieder zu einem naturnahen Gewässer werden. Zur Umsetzung dieses Ziels ist die Fortsetzung der Arbeit des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ unumgänglich. Nach einem gemeinsamen Beschluss von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen hat dieser deshalb Mitte Mai 2011 seine Arbeit erneut aufgenommen. Im Mai 2010 haben wir gemeinsam mit allen anderen Fraktionen des Thüringer Landtags einen wichtigen Landtagsbeschluss zum Gewässerschutz an Werra/Weser herbeigeführt und liegen damit genau auf Linie des Koalitionsvertrags. Nach wie vor befürworten wir den Bau einer Nordseepipeline. Das Unternehmen K+S verzichtet zudem auf eine weitere Versenkung von Salzabwässern in Thüringen.

### **Gentechnik-Anbau nicht in Thüringen**

Im Juni 2010 verabschiedete der Thüringer Landtag einen von CDU und SPD gemeinsam eingebrachten Antrag, der festlegt, dass in Thüringen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden. Der Antrag zum Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Thüringen wurde mit breiter Mehrheit beschlossen. Damit einher ging auch ein Aufruf an alle Thüringer Städte und Gemeinden, gentechnikfreie Zonen zu initiieren oder bereits bestehenden beizutreten. Auch der – mittlerweile vollzogene – Beitritt Thüringens zum „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ wurde beschlossen. Damit ist Thüringen als einziges deutsches Bundesland im Netzwerk vertreten und hat in Deutschland eine viel beachtete Vorreiterrolle inne.

### **Reform der Thüringer Forstverwaltung – Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts**

Mit der Umwandlung der Landesforstverwaltung Thüringen in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) „ThüringenForst“ wurden alle bisherigen Aufgaben mit den kompletten Struktureinheiten (inkl. Personal) per Gesetz auf diese übertragen. Einzige Ausnahme: der Nationalpark Hainich, der insbesondere auf Betreiben der SPD nicht mit übertragen wurde. Mit der neuen Struktur, zu der derzeit rund 1.600 Mitarbeiter gehören, soll die Bewirtschaftung des Staatswaldes ab dem



Jahr 2018 kostendeckend erfolgen – und das, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, unter Beibehalten des so genannten Gemeinschaftsforstamts.

### **Umstellungsförderung im Ökolandbau wieder möglich**

Im Laufe des Jahres 2011 wurde die Förderung von landwirtschaftlichen Unternehmen, die ihren Betrieb auf Ökolandbau umstellen wollten, aufgrund ausgeschöpfter KULAP-Mittel eingestellt. Da die EU mittlerweile zugesagt hat, in der neuen Förderperiode ab 2014 auch eventuelle Altverpflichtungen zu finanzieren, können Unternehmen die Umstellungsförderung nun wieder beantragen. Die KULAP-Förderung hat seit 1999 bereits maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die ökologisch bewirtschaftete Fläche nunmehr auf mehr als 35.000 Hektar beläuft und damit mehr als verdoppelt hat.

### **Verabschieden eines neuen Mittelstandsfördergesetzes – neue Rahmenbedingungen für die Thüringer Mittelstandspolitik**

Mit dem Mittelstandsfördergesetz haben die regierungstragenden Fraktionen von CDU und SPD ihre Vorstellungen für die künftige Thüringer Mittelstandspolitik in ein Gesetz gegossen. In den Fokus rücken dabei neue Förderziele und Förderbereiche. Dazu zählen die Sicherung des Fachkräftebedarfs, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Ausrichtung auf neue Leitmärkte wie die Energie-

und Ressourceneffizienz, aber auch die Unterstützung von wissensintensiven Dienstleistungen. Damit dokumentieren wir die zentrale Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen für die Thüringer Wirtschaft.

### **Thüringer Biodiversitätsstrategie beschlossen**

Die Landesregierung hat im Oktober 2011 die Thüringer Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt beschlossen. Die Strategie, die Ziele und Handlungsfelder formuliert, ist auf das Jahr 2020 ausgerichtet und betrifft sowohl den Arten- als auch den Lebensraumschutz. Wesentliche Bausteine der Strategie sind ein Biotopverbundkonzept, die Durchgängigkeit der wichtigsten Fließgewässer und ein Anheben des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Landwirtschaftsflächen auf 10 Prozent.

### **Unternehmensfinanzierung verbessert**

Unsere Unternehmen, leiden oft unter einer zu geringen Eigenkapitalausstattung. Gute Finanzierungsbedingungen sicherzustellen sehen wir als eine zentrale Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik an. Ein breites Spektrum an Förderinstrumenten steht dafür zur Verfügung: der Fonds „Private Equity Thüringen II“ (PET II) mit 40 Millionen Euro und der Darlehensfonds „Thüringen-Dynamik“ mit rund 120 Millionen Euro wurden 2010 aufgelegt. Auch die Vergabe von Mikrokrediten über die „Mikrofinanzagentur Thüringen“

konnte mittels einer Bürgschaft in Höhe von 500.000 Euro intensiviert werden. Seit Mai 2011 ist auch die Fortführung des Zinsverbilligungsprogramms GuW gesichert, das aus Rückflüssen des Beteiligungsfonds „Private Equity Thüringen“ (PET I) finanziert wird.

## AUSBLICK

### Erneuerbares-Energien-Wärme-gesetz

Zum erfolgreichen Meistern der Energiewende sind das Steigern der Energieeffizienz und das Senken des Energieverbrauchs unumgänglich. Private Haushalte verbrauchen zwei Drittel des Endenergiebedarfs für Raumwärme. Deshalb hat die energetische Sanierung von Gebäuden/ des Gebäudebestandes für uns eine sehr hohe Priorität. Eine der Maßnahmen, die wir in 2012 angehen wollen ist aus diesen Gründen ein Erneuerbares-Energien-Wärme-gesetz für Thüringen.

### Schnelles Internet für Thüringen

Unser Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie treibt den Ausbau der Breitbandinfrastruktur mit Hochdruck voran. Im vergangenen Jahr wurde die „Breitbandstrategie Thüringen“ erarbeitet, die unter anderem vorsieht, über bestehende Fördermöglichkeiten hinaus ab 2012 ein eigenes Landesförderprogramm Breitband aufzulegen. Es wurde ein Masterplan erarbeitet, der den Bedarf und den regionalen Ausbaustand an Breitbandzugängen er-

fasst und konkrete Ausbauprioritäten benennt. Dieser Masterplan wurde beim 1. Thüringer Breitbandgipfel am 24. Juni 2011 vorgestellt.

### Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen auf dem Energiesektor/ Änderung der Thüringer Kommunalordnung

Durch die Neufassung des Energiewirtschaftsrechts (EnWG) im Jahre 2005 sind die deutschen Energiemärkte liberalisiert und geöffnet worden. Damit endete im Bereich der Energieversorgung die Monopolstellung der kommunalen Versorgungsunternehmen. Viele kommunale Unternehmen befinden sich seit dieser Zeit im harten Wettbewerb mit großen privaten und staatlichen Unternehmen aus anderen Ländern. Kommunale Unternehmen haben eine wichtige Funktion in diesem Wettbewerb erlangt und sind in Märkten mit oligopolistischen Strukturen, wie etwa dem Energiemarkt, unverzichtbar. Durch das europäische und nationale Recht (EEG, EEWärmeG, KWKModG) werden Vorgaben gemacht, den Anteil der Erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Koppelung deutlich zu erhöhen. Innovationstreiber in diesen Technologien sind in erster Linie die Stadt- und Gemeindewerke, die bisher durch landesrechtliche Einschränkungen im Bereich des kommunalen Wirtschaftsrechts im Wettbewerb in den Energiemärkten benachteiligt waren und teilweise auch noch sind. Wir wollen dem ein Ende bereiten und die Wettbewerbs-

fähigkeit der kommunalen Unternehmen in Zeiten von deregulierten Märkten erhalten und verbessern.

### **Thüringer Modellprojekt Elektromobilität**

Thüringen hat sich als Modellregion Elektromobilität um Bundesfördermittel beworben. So wollen wir der Elektromobilität zum Durchbruch verhelfen und erlebbar machen.

### **Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2013**

Die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union, kurz GAP, nach 2013 beschäftigt die Öffentlichkeit bereits seit einigen Monaten. Das Europäische Parlament hat den europäischen Gesetzgebungsprozess und damit den öffentlichen Diskurs zur GAP mit seiner Entschließung vom 8. Juli 2010 eröffnet. Wir begleiten diesen Prozess nach der Maxime: „Wer die GAP im Sinne der Landwirte und der ländlichen Räume erhalten will, der muss sie umbauen und inhaltlich neu ausrichten.“ Die GAP muss eine klare Legitimation erfahren, sie muss nachhaltiger, weniger bürokratisch und auch gerechter werden.

### **Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie für Thüringen**

Der Beirat für nachhaltige Entwicklung hat seine Empfehlungen für eine Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie am 29. März 2011 an die Landesregierung übergeben.

Im April-Plenum haben wir die Landesregierung aufgefordert, den Abgeordneten des Thüringer Landtags ihre auf diesen Ergebnissen aufbauende Nachhaltigkeitsstrategie zu übergeben. Für uns ist klar, dass die Sicherung und Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen, der Schutz von Artenvielfalt und natürlicher Lebensräume, eine intakte Natur, reine Luft und saubere Gewässer unerlässliche Voraussetzungen für hohe Lebensqualität und eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung sind.

### **Forstlicher Nutzungsverzicht auf 25.000 Hektar Wald**

Das Land Thüringen hat sich entsprechend der Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag verpflichtet, in den kommenden Jahren 25.000 Hektar Wald zwecks Förderung der Artenvielfalt und des Naturschutzes aus der forstlichen Nutzung zu nehmen. Die Identifikation der Flächen soll bis Ende 2013 rechtsverbindlich abgeschlossen werden.

### **Novellierung des Naturschutzgesetzes**

Wir wollen der seit Frühjahr 2010 herrschenden Rechtsunsicherheit auf dem Gebiet des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege ein Ende bereiten. Diese resultiert aus der im Zuge der Förderalismusreform II erfolgten Novellierung des Naturschutzrechts auf Bundesebene. Deshalb wollen wir das Naturschutzrecht in Thüringen auf eine neue gesetzliche Grundlage stellen, die

diesen Namen auch verdient. Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf den Erhalt der biologischen Vielfalt und der Umsetzung der Ende 2011 vorgestellten Thüringer Biodiversitätsstrategie.

**Arbeitskreis Wirtschaft, Energie, Arbeit, Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, Verbraucherschutz, Umwelt, Tourismus**

Arbeitskreisleiter:  
Rolf Baumann

Mitglieder:  
Wolfgang Lemb, Eleonore Mühlbauer, Frank Weber

Referent:  
Robert Geheeb

## ARBEITSKREIS

# INNEN, KOMMUNALES, BAU, VERKEHR, LANDESPLANUNG

## BILANZ 2009 BIS 2012

### **Aufhebung der so genannten „Bannmeile“ um den Landtag**

Im April 2010 trat unser „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über den befriedeten Raum des Thüringer Landtags“ in Kraft. Die SPD-Fraktion konnte sich mit ihren Vorstellungen zur Ausweitung des Versammlungsrechts im Bereich des Thüringer Landtags vollständig durchsetzen. Die so genannte „Bannmeile“ – von vielen Bürgern aber als ein Symbol der Abschottung der Politik wahrgenommen – gehört in Thüringen der Vergangenheit an.

### **Wiedereinführung der Stichwahl**

Die Thüringer SPD will eine möglichst große Legitimation für unsere Bürgermeister und Landräte. Sie sollen nur ins Amt kommen können, wenn eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für sie

gestimmt hat. Das stärkt ihren demokratischen Rückhalt bei den Bürgerinnen und Bürgern. In den Koalitionsverhandlungen hat die SPD deshalb die Wiedereinführung der Stichwahl durchgesetzt. Im April 2010 trat die entsprechende Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes in Kraft.

### **Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften stärken**

Im Koalitionsvertrag konnte die Stärkung der Rechte gleichgeschlechtlicher Paare in Thüringen vereinbart werden. Thüringen war bis vor kurzem eines von wenigen Bundesländern, in dem gleichgeschlechtlichen Paaren das Standesamt nicht als zuständige Behörde zur Eintragung der Lebenspartnerschaft zur Verfügung stand. Im Dezember 2010 trat das „Gesetz zur Aufhebung des Thüringer Ausführungsgesetzes zum Lebens-

partnerschaftsgesetz“ in Kraft. Damit hat sich die Auffassung der Thüringer SPD durchgesetzt, dass es der Respekt gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren gebietet, ihre familienrechtlichen Angelegenheiten ebenfalls beim Standesamt regeln zu können. Der Thüringer Landtag hat das „Gesetz zur Regelung der Versorgung und der Altersgrenzen der Beamten und Richter sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften“ 2011 verabschiedet. Es setzt eingetragene Lebenspartnerschaften mit der Ehe in der Beamtenversorgung gleich.



Besuch beim Ordnungsamt in Nordhausen: Innenpolitiker Heiko Gentzel, Eleonore Mühlbauer und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sabine Doht mit Matthias Jendricke, dem Bürgermeister von Nordhausen (SPD).

## Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren

In letzter Zeit kam es wiederholt zu tragischen Zwischenfällen mit gefährlichen Hunden. Wir haben darauf reagiert. 2011 ist ein Gesetz in Kraft getreten, dass vor allem die Halter gefährlicher Tiere stärker in die Pflicht nimmt und die Eingriffsmöglichkeiten der Ordnungsbehörden verbessert. Die SPD-Fraktion setzte sich mit ihren Forderungen nach einer Haftpflichtversicherung für alle Hundehalter und einer Kennzeichnung der Hunde mit einem Chip durch.

## Neue Regeln bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

In ihrem Koalitionsvertrag haben sich SPD und CDU auf neue Regeln für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verständigt. Sie sollen bürgerfreundlich, juristisch einwandfrei und für das Land finanzierbar sein. Die entsprechenden Änderungen im Thüringer Kommunalabgabengesetz sorgen für eine spürbar bürgerfreundliche Beitragserhebung. Insbesondere können die Kommunen flexibler über die Höhe des gemeindlichen Eigenanteils entscheiden. Im Ausnahme-

fall kann, wenn die finanziellen Möglichkeiten vor Ort das zulassen, von der Beitragserhebung ganz abgesehen werden. Die grundsätzliche Pflicht zum Erlass von Straßenausbaubeitragsatzungen und damit der Vorrang der besonderen Entgelte vor Steuern bleiben weiterhin

bestehen. Die Probleme der so genannten „rückwirkenden“ Beitragserhebung sowie des Nebeneinanders der Erhebung von wiederkehrenden und einmaligen Beiträgen wurden gelöst.

### **Novelle des Datenschutzgesetzes**

Am 8. Dezember 2011 ist das umfassend überarbeitete Thüringer Datenschutzgesetz in Kraft getreten. Mit ihm wurden die Rahmenbedingungen für den Datenschutz im Freistaat deutlich verbessert. Es wurden neue datenschutzrechtliche Schutzstandards eingeführt. Die Unabhängigkeit des Datenschutzauftragten wurde gestärkt. Die neuen Thüringer Standards können sich im bundesweiten Vergleich sehen lassen.

### **Novelle des Personalvertretungsgesetzes**

Die Regelungen des Personalvertretungsgesetzes haben großen Einfluss auf das Verhältnis zwischen öffentlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. 2001 wurden die Rechte der Personalvertretungen von der CDU-Regierungsmehrheit unverhältnismäßig stark eingeschränkt. Das unter Federführung der SPD geänderte und am 30. Dezember 2011 in Kraft getretene Gesetz bedeutet einen klaren Schritt hin zu

mehr Mitbestimmung, mehr Mitspracherechten und besseren Bedingungen für die Personalräte. Insgesamt ermöglicht das Gesetz eine bessere Personalvertretung, ohne die praktische Umsetzbarkeit aus den Augen zu verlieren.

### **Novelle des Polizeiorganisationsgesetzes**

Das Thema Innere Sicherheit hat in den zurückliegenden Jahren spürbar an Bedeutung gewonnen. Für die Thüringer Polizei nehmen die Belastungen immer weiter zu. Das zeigt sich zum Beispiel bei der Einsatzbelastung im Zusammenhang mit den Aktivitäten rechtsextremer Straftäter, bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und im Bereich der Internetkriminalität. Vor diesem Hintergrund und angesichts des Personalabbaus im Bereich der Polizei, ist eine Strukturreform notwendig geworden. Mit dem am 4. November 2001 in Kraft getretenen Gesetz wurde die rechtliche Voraussetzung geschaffen. Parallel zur gesetzlichen Neuregelung hat die SPD-Fraktion für klare Perspektiven bei der Personalentwicklung gesorgt. Wir haben die Neustrukturierung untrennbar mit einem Konzept zur Personalentwicklung und mehr Personal im Basisdienst verknüpft. Der Personalabbau findet nun vor allem im Führungs- und Verwaltungsbereich statt. Der Einsatz- und Streifendienst wird mit 400 zusätzlichen Polizeivollzugsplanstellen ausgestattet. Das bedeutet unter dem Strich eine zusätzliche Streife pro Polizeiinspektion rund um die Uhr.

## Gemeindeneugliederung

Mit dem Koalitionspartner kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen darüber, wie die gemeindliche Struktur Thüringens so entwickelt werden kann, dass sie künftigen Anforderungen genügt. Im Ringen um klarere Vorgaben hat sich die SPD-Fraktion nun mit zentralen Forderungen durchgesetzt. Die Gemeinden bekommen eine klare Perspektive für den Rest der Legislatur. Insbesondere diejenigen Gemeinden, die freiwillige Neugliederungen anstreben, erhalten mehr Sicherheit hinsichtlich der Bewertung ihrer Anträge durch den Gesetzgeber. Zu den neu vereinbarten Maßstäben, die bei Neugliederungen angelegt werden, gehören, dass Verwaltungsgemeinschaften nicht mehr neu gebildet und geändert werden dürften. Darüber hinaus genießen sie keinen Vertrauens- und Bestandschutz mehr. Ein besonderes Gewicht im Prozess der Gemeindeneugliederung bekommen die Zentralen Orte. Ihre Entwicklung hat künftig Vorrang. Zudem müssen neue Gemeinden dauerhaft über mindestens 5.000 Einwohner verfügen. Gemeindezusammenschlüsse über Kreisgrenzen hinweg werden vereinfacht. Auf dem Weg zu einer sinnvollen Neuordnung der gemeindlichen Struktur sind wir damit ein gutes Stück vorangekommen.

## AUSBLICK

### Thüringer Verfassungsschutzgesetz

Seitdem die Taten der so genannten „Zwickauer Zelle“ bekannt geworden

sind, steht das Prinzip, nach dem die Landesämter für Verfassungsschutz als das Frühwarnsystem unserer Demokratie funktionieren, in Frage. Um Vertrauen zurück zu gewinnen, ist auch eine bessere Kontrolle des Landesamtes notwendig. Wir wollen die Kontroll- und Informationsrechte des Landtags deutlich ausweiten. Verstöße sollen künftig strafrechtlich sanktioniert werden können.

### Landesentwicklungsprogramm

Insbesondere der demographische Wandel verändert die Entwicklungsbedingungen Thüringens. Auch die energiepolitischen Herausforderungen machen eine grundsätzliche Überprüfung der Entwicklungsziele notwendig. Wir wollen sicherstellen, dass mit dem Landesentwicklungsprogramm 2025 gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen angestrebt werden. Die Städte sollen als Zentren des sozialen und kulturellen Lebens und als die Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung gestärkt werden. Die Erreichung der energiepolitischen Zielsetzungen des Landes soll unterstützt werden.

### Novelle der Thüringer Bauordnung

Die SPD-Fraktion strebt eine grundsätzliche Überprüfung der Thüringer Bauordnung an. Dabei geht es vor allem darum, die Erfahrungen mit der 2004 liberalisierten Bauordnung auszuwerten und Fehlentwicklungen entgegenzusteuern. Die neue Thüringer Bauordnung soll bürger- und investorenfreundlich sein – insbeson-

dere auch mit Blick auf die Nutzung erneuerbarer Energien. Eine Rauchmelderpflicht in Bestandsbauten wird angestrebt.

### **Luftverkehrskonzept und Betriebskonzept Flughafen Erfurt-Weimar**

Thüringen braucht ein bedarfsgerechtes Luftverkehrskonzept, das den Erfordernissen des Landes Rechnung trägt. Das Betriebskonzept für den Verkehrsflughafen Erfurt-Weimar muss die finanziellen Möglichkeiten des Landes widerspiegeln. Wir wollen erreichen, dass die Planungen

2012 abgeschlossen werden und somit eine verbindliche Entscheidungsgrundlage – insbesondere für die Haushaltsverhandlungen – besteht.

#### **Arbeitskreis Innen, Kommunales, Bau, Verkehr, Landesplanung**

Arbeitskreisleiter:  
Matthias Hey

Mitglieder:  
Sabine Dohrt, Heiko Gentzel, Dorothea Marx,  
Eleonore Mühlbauer

Referent:  
Jens Hüther

## **ARBEITSKREIS**

# **HAUSHALT, FINANZEN, ÖFFENTLICHES DIENSTRECHT, JUSTIZ, BUNDES- UND EUROPAANGELEGENHEITEN**

## **BILANZ 2009 BIS 2012**

### **Haushaltspolitik**

Die SPD hat sich in der Regierungskoalition als Stabilitätsanker für die soziale und kulturelle Infrastruktur erwiesen. Mitten in der Wirtschaftskrise im Spätherbst 2009 bis Frühjahr 2010 war der erste gemeinsame Haushalt innerhalb der Koalition zu erarbeiten und zu beschließen. Trotz des prognostizierten Einnahmefalls gegenüber dem Jahr 2008 in Höhe von einer Milliarde Euro ist es gelungen wichtige sozialdemokratische Schwerpunkte durchzusetzen und im Haushalt zu verankern. Es wurde ein kon-

junkturgerechter Haushalt aufgestellt, dessen relativ hohe Kreditaufnahme von 821 Millionen Euro in der Krise auch die Kofinanzierung aller investiven Fördermittel sicherstellen sollte. Der erreichte Erfolg gab uns Recht. Die wirtschaftliche Situation in Thüringen erholte sich schneller als erwartet. Im Jahresergebnis mussten schließlich nur noch 370 Millionen Euro neue Kredite aufgenommen werden. Dadurch werden in Zukunft Zinsen gespart.

Auch für den Haushalt 2011 wurde seitens der SPD-Fraktion konjunkturgerechtes Verhalten des Landes angemahnt



und durchgesetzt. Das beim Haushalt 2010 bestehende Haushaltsdefizit (nicht gleichzusetzen mit der Kreditaufnahme) konnte bei der Haushaltsaufstellung trotzdem um 572,35 Millionen Euro reduziert werden. Das ist ein Rückgang um 55 Prozent. Trotz dieses Defizitabbaus ist es gelungen die Bereiche Bildung und soziale Sicherung weitgehend unangetastet zu lassen und hier die notwendigen Dinge nicht an fehlendem Geld scheitern zu lassen. Die Bildungsausgaben stiegen unter Berücksichtigung der Ausgaben für die frühkindliche Bildung deutlich. Zur Finanzierung der höheren Standards in den Kindergärten wurden 90 Millionen Euro zusätzlich im Kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt. Leider ist eine transparentere Ausweisung dieser Mittel bisher am Widerstand des Koalitionspartners gescheitert.

### **Kommunaler Finanzausgleich**

Mit einer Klage vor dem Thüringer Verfassungsgericht im Jahr 2005 wollte die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag erstmals der Willkürlichkeit bei der Bemessung der Mittelzuweisungen an die Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ein Ende setzen. In der Anwendung der erwirkten Rechtssprechung hat sich allerdings inzwischen herausgestellt, dass die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs für die Berechnung der kommunalen Finanzausstattung das System des kommunalen Finanzausgleichs erheblich verkompliziert haben. Trotzdem ist das neue Berechnungssystem Interpretationen zugänglich. Neuer

Streit mit den Thüringer Kommunen und deren Spitzenverbänden war und ist die Folge. Deshalb ist es richtig nun zu prüfen, wie der kommunale Finanzausgleich verändert und auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage gestellt werden kann. Auch die SPD-Fraktion befasst sich in einer Arbeitsgruppe intensiv mit dieser Problematik.

### **Haushalt 2012**

Das alles beherrschende Thema war beim Haushalt 2012 der kommunale Finanzausgleich und die Reduzierung der durch das Land zur Verfügung zu stellenden angemessenen kommunalen Finanzausstattung. Sehr frühzeitig sprach sich die SPD-Fraktion für eine Nachjustierung im Rahmen der Haushaltsberatungen aus. Es war die SPD-Fraktion, die durchsetzte, dass die gesamten prognostizierten Steuermehreinnahmen des Landes für 2012 in Höhe von 50 Millionen Euro zusätzlich der Schlüsselmasse zufließen. Die lautstarken Auseinandersetzungen um den kommunalen Finanzausgleich überdeckten weitgehend, dass es der SPD-Seite gelungen ist auch im Haushalt 2012 die sozialdemokratischen Schwerpunktsetzungen zu sichern. Die Theater- und Orchesterfinanzierung wurde für die kommenden fünf Jahre abgesichert, der Hochschulpakt wurde neu abgeschlossen, die soziale Infrastruktur ist – geht es nach dem Haushaltsplan 2012 – gesichert. Und es werden alle Fördermittel des Bundes und der EU kofinanziert. Das alles wurde ohne weitere Kreditaufnahme mit einem ausgeglichenen Landeshaushalt erreicht.



Dorothea Marx und Sebastian Edathy am 1. März 2012 auf einem Treffen der Rechtsterrorismus-Untersuchungsausschüsse in Berlin

### **Rechtsterroristische Mordserie aufklären**

Ende 2011 wurde die in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Verbrechenserie der rechtsterroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) mit zehn Mordopfern bekannt. Nach der maßgeblichen Forderung der SPD-Fraktion erfolgte im Januar 2012 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags. Der Untersuchungsausschuss unter Vorsitz der SPD-Justizpolitikerin Dorothea Marx soll vor allem das mögliche Fehlverhalten der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden bei der Ermittlungsarbeit, einschließlich der zuständigen Ministerien, in der Zeit von 1997 bis 2011 aufklären. Außerdem muss über Konsequenzen für die zukünftige Arbeit insbesondere der Verfassungsschutzbehörden beraten werden.

### **Beschleunigung sozialgerichtlicher Verfahren**

Seit dem Regierungsantritt wurden 33 zusätzliche Richterstellen und 30 zusätzliche Stellen für Kanzleipersonal an den Thüringer Sozialgerichten im Rahmen der Landeshaushalte 2010 bis 2012 beschlossen und bereits größtenteils besetzt. Damit soll die Flut der SGB II-Verfahren bei den Sozialgerichten eingedämmt werden.

### **Elektronische Fußfessel wird eingeführt**

Mit dem beschlossenen Beitritt Thüringens zum Staatsvertrag über die Einrichtung einer gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder in Bad Vilbel/ Hessen wird die so genannte Elektronische Fußfessel zur Überwachung des Aufenthaltsorts zu überwachender Personen nach richterlichem Beschluss eingeführt. Die Elektronische Fußfessel kann z. B. für eine Art Hausarrest eingesetzt werden, um bei leichteren Delikten die teurere Untersuchungshaft zu vermeiden. Sie ist auch eine weitere Möglichkeit, die Öffentlichkeit vor Sexualstraftätern besser zu schützen, die nach Verbüßung ihrer Haftstrafe aus dem Gefängnis entlassen werden.

### **Verringerung der Suizidgefahr in Thüringer Gefängnissen**

Aufgrund der 2009 und 2010 vermehrt aufgetretenen Fälle von Selbstmorden in den Justizvollzugsanstalten wurde ein Konzept zur Suizidprophylaxe verabschiedet, dessen zentrale Eckpunkte die

Schaffung einer zentralen Eingangsstation in der JVA Tonna und der Aufbau eines Kriminologischen Dienstes in Thüringen sind. Ab 2012 erfolgt die Umsetzung des Konzepts.

### **Berücksichtigung der Thüringer Interessen in Europa**

Auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrags von SPD- und CDU-Fraktion mit dem Titel „Europa parlamentarisch stärken – den Landtag beteiligen“ vom März 2010 wurde eine Vereinbarung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union (Frühwarnsystem zur Subsidiaritätskontrolle) erarbeitet und vom Landtag im April 2011 einstimmig beschlossen. Das Bemerkenswerte an dieser Vereinbarung ist, dass die Landesregierung darin verpflichtet wird, bei ihrem Abstimmungsverhalten zu Gesetzgebungsvorhaben der Europäischen Union im Deutschen Bundesrat oder im Ausschuss der Regionen auf europäischer Ebene nicht gegen vorhandene Beschlüsse des Thüringer Landtages zu entscheiden. Im September 2011 wurde durch den Landtag ein eigenständiger Europaausschuss eingerichtet.

### **Mehr Demokratie wagen**

Unter maßgeblicher Beteiligung der SPD-Fraktion wurde im Juni 2011 im Landtag eine gemeinsame Veranstaltung der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, der SPD und dem Verein „Mehr Demokratie in Thüringen“ e. V. zum Thema „Bürgerbeteiligung und Finanzen“

organisiert, die sich unter anderem mit einer möglichen Reform des so genannten Finanztabus in Art. 82 II der Thüringer Verfassung auseinandersetzte.

Im Juli 2012 wird diese neue Veranstaltungsreihe mit dem Thema „Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren“ fortgesetzt.

### **Diskussionsforen im Internet zu Gesetzgebungsvorhaben**

Nach längeren parlamentarischen Debatten wird auf Initiative der SPD-Fraktion über die Homepage des Thüringer Landtags ein Diskussionsforum zu wichtigen Gesetzgebungsvorhaben eingerichtet. Im Landeshaushalt 2012 wurden die dafür notwendigen finanziellen Voraussetzungen geschaffen. Damit soll die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen erleichtert werden. Die Landesregierung hat ihrerseits mit der neuen Thüringer Schulordnung und dem Gesetzentwurf zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wichtige gesetzgeberische Vorhaben im Internet zur Diskussion gestellt.

### **Einschränkung der Ministerversorgung**

2011 wurde die bis dahin viel diskutierte, üppige Altersversorgung der Thüringer Ministerinnen und Minister erheblich gekürzt. Es erfolgte u. a. eine Anhebung der Mindestamtszeit zum Erhalt eines Ruhegehaltsanspruchs, eine Erhöhung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 67 Jahre, die Anrechnung von Zeiten einstiger Parlamentszugehörigkeit sowie

von Einkünften aus der Privatwirtschaft und - entsprechend der Beamtenversorgung - die Herabsetzung des Höchstruhegehaltssatzes von 75 Prozent auf 71,75 Prozent des letzten Amtsgehalts.

## AUSBLICK

### Haushaltskonsolidierung

Mangels anderer eigener Themen steht für den Koalitionspartner CDU das Thema Haushaltskonsolidierung um jeden Preis ganz oben auf der Agenda. Auch die SPD-Fraktion tritt für eine Haushaltskonsolidierung ein, will die Konsolidierung des Haushaltes allerdings möglichst ausgewogen gestalten. In der Haushaltspolitik wird deshalb in Zukunft erhebliches Konfliktpotenzial liegen, denn die Steuermehreinnahmen werden nicht ausreichen, um Ausgabensteigerungen bei gesetzlichen Leistungen und die Einnahmereduzierung wegen des Auslaufens des Solidarpaktes II zu kompensieren. Umso wichtiger wäre es, die notwendigen Strukturreformen entschlossen anzugehen. Allerdings steht hier die CDU immer noch auf der Bremse.

### Thüringer Interessen bei EU-Förderpolitik wahren

Auf europäischer Ebene begannen die Diskussionen zur Neureglung der EU-Strukturfonds nach 2013, in denen Thüringen deutlich seine Interessen wahrnehmen muss. Die Zukunft der Kohäsionspolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der Förderperiode

2014 bis 2020 sind bereits Eckpfeiler der europapolitischen Beratungen in den Landtagsausschüssen. Zukünftig sollen nach EU-Plänen die Förderquoten für Projekte in den neuen Bundesländern deutlich sinken, was Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit von Kommunen und Unternehmen im Freistaat haben wird.

### Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Ostthüringen

Mitte 2012 soll Klarheit darüber bestehen, an welchem konkreten Ort in Ostthüringen/Westsachsen die Freistaaten Sachsen und Thüringen den Neubau einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt (JVA) verwirklichen wollen.

Mit dem Neubau wird die Möglichkeit geschaffen, die Haftbedingungen deutlich zu verbessern und die veralteten Haftanstalten in Hohenleuben und Gera zu schließen. Die Errichtung einer gemeinsamen Haftanstalt zweier Bundesländer ist in Deutschland bisher einmalig.

### Stärkung der richterlichen Selbstverwaltung

Im Jahr 2012 soll ein Gesetzentwurf zur Novellierung des Thüringer Richtergesetzes vorliegen. Ziel der Novellierung ist gemäß der Koalitionsvereinbarung die Stärkung der Beteiligungsrechte der Richter und die Erhöhung der Mitwirkungsrechte der richterlichen Gremien.

### Thüringer Strafvollzug modernisieren

Ebenfalls 2012 soll ein Gesetzentwurf für ein Thüringer Strafvollzugsgesetz vorgelegt werden, um den Strafvollzug und seine entsprechenden Bestimmungen an das 21. Jahrhundert anzupassen. Dazu zählt auch die Evaluation des bestehenden Jugendstrafvollzugsgesetzes bis Ende 2011, dem 2012 ein novellierter Gesetzentwurf folgen soll.

### **Sicherungsverwahrung räumlich neu ordnen**

Nach der wegweisenden Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Naumburg zur räumlichen Unterbringung von Sicherungsverwahrten hat Sachsen-Anhalt eine bestehende Vereinbarung mit Sachsen und Thüringen über eine gemeinsame Sicherungsverwahrung in der JVA Burg gekündigt. Damit muss 2012 eine neue Lösung für die Unterbringung von Sicherungs- und Therapieverwahrten in Thüringen gefunden werden.

### **Korruption und Wirtschaftskriminalität bekämpfen**

Mit der personellen Erweiterung der Wirtschaftsprüfgruppe bei der Staatsanwaltschaft Mühlhausen und ggf. der Einrichtung der Wirtschaftsprüfgruppe bei der Staatsanwaltschaft Gera sollen in Erfüllung des Koalitionsvertrags die erforderlichen organisatorischen, verwaltungsmäßigen und personalwirtschaftlichen Maßnahmen getroffen werden, um Korruption und Wirtschaftskriminalität aufzudecken und wirksam entgegenzuwirken.

### **Regionalwahlrecht für EU-Bürger**

Die SPD-Fraktion hat sich zum Jahresbeginn 2012 dafür ausgesprochen, eine bessere politische Teilhabe von seit längerem in den deutschen Bundesländern lebenden EU-Bürgern durch Ausweitung ihrer politischen und partizipativen Rechte (Wahlrecht zu Landtagswahlen) zu ermöglichen. Wir machen uns gemeinsam mit dem Thüringer Justizminister Dr. Holger Poppenhäger (SPD) im Landtag für eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Grundgesetzes stark.

### **Informationsfreiheitsrechte der Bürger stärken**

Die Regelungen des Informationsfreiheitsgesetzes sollen 2012 novelliert und dabei die Informationsfreiheitsrechte der Bürger gestärkt werden. Hierbei wollen wir die Rechte des Thüringer Datenschutzbeauftragten erweitern, indem er zusätzlich die Funktion eines Informationsfreiheitsbeauftragten wahrnimmt und den Bürgern als Ansprechpartner bei Fragen rund um den Zugang zu behördlichen Informationen dient.

---

#### **Arbeitskreis Haushalt, Finanzen, öffentliches Dienstrecht, Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten**

Arbeitskreisleiterin:  
Dorothea Marx

Mitglieder:  
Rolf Baumann, David Eckardt, Dr. Thomas Hartung,  
Matthias Hey, Dr. Werner Pidde

Referenten:  
Stefan Schambach, Keven Forbrig

## DIE ABGEORDNETEN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

<b>Rolf Baumann</b>	Telefon: (0361) 3 77 23 52 rolf.baumann@spd-thl.de	www.rolf-baumann.net
<b>Hans-Jürgen Döring</b>	Telefon: (0361) 3 77 23 57 hans-juergen.doering@spd-thl.de	www.hans-juergen-doering.de
<b>Sabine Doht</b>	Telefon: (0361) 3 77 25 53 sabine.doht@spd-thl.de	www.sabinedoht.de
<b>David Eckardt</b>	Telefon: (0361) 3 77 23 42 david.eckardt@spd-thl.de	www.david-eckardt.de
<b>Heiko Gentzel</b>	Telefon: (0361) 3 77 25 54 heiko.gentzel@spd-thl.de	www.heiko-gentzel.de
<b>Dr. Thomas Hartung</b>	Telefon: (0361) 3 77 23 83 thomas.hartung@spd-thl.de	www.thomas-hartung.info
<b>Matthias Hey</b>	Telefon: (0361) 3 77 23 43 matthias.hey@spd-thl.de	www.matthias-hey.de
<b>Uwe Höhn</b>	Telefon: (0361) 3 77 23 30 uwe.hoehn@spd-thl.de	www.uwe-hoehn.de
<b>Regine Kanis</b>	Telefon: (0361) 3 77 23 49 regine.kanis@spd-thl.de	www.regine-kanis.de
<b>Dagmar Künast</b>	Telefon: (0361) 3 77 25 57 dagmar.kuenast@spd-thl.de	www.dagmar-kuenast.de
<b>Wolfgang Lemb</b>	Telefon: (0361) 3 77 23 59 wolfgang.lemb@spd-thl.de	www.wolfgang-lemb.de
<b>Dorothea Marx</b>	Telefon: (0361) 3 77 23 54 dorothea.marx@spd-thl.de	www.marx-heute.de
<b>Christoph Matschie</b>	Telefon: (0361) 3 79 46 00 christoph.matschie@spd-thl.de	www.christoph-matschie.de
<b>Peter Metz</b>	Telefon: (0361) 3 77 23 56 peter.metz@spd-thl.de	www.peter-metz.info
<b>Eleonore Mühlbauer</b>	Telefon: (0361) 3 77 23 62 eleonore.muehlbauer@spd-thl.de	www.eleonore-muehlbauer.de
<b>Birgit Pelke</b>	Telefon: (0361) 3 77 25 52 birgit.pelke@spd-thl.de	www.birgit-pelke.de
<b>Dr. Werner Pidde</b>	Telefon: (0361) 3 77 25 67 werner.pidde@spd-thl.de	www.werner-pidde.de
<b>Heike Taubert</b>	Telefon: (0361) 3 79 87 00 heike.taubert@spd-thl.de	www.heike-taubert.de
<b>Frank Weber</b>	Telefon: (0361) 3 77 23 33 frank.weber@spd-thl.de	www.weberwaehlen.de



**SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG**

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: (0361) 3 77 23 36

Telefax: (0361) 3 77 24 17

Internet: **[www.spd-thl.de](http://www.spd-thl.de)**